

Kein Lohndumping à la Schlecker: Missbrauch der Leiharbeit muss umgehend gestoppt werden (Plenarsitzung vom 20.01.2010)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Als nächster Redner hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Familie Schlecker, eine der reichsten Familien Deutschlands, möchte ihre Profite weiter steigern oder, wie die FDP sagen würde, die Effizienz ihres Unternehmens erhöhen.

(Zuruf von der FDP: Quatsch!)

Angestellte werden entlassen, über eine Zeitarbeitsfirma wird mit halbem Lohn wieder eingestellt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen dieselbe Arbeit verrichten und bekommen weniger Urlaub, das Weihnachtsgeld wird ganz gestrichen, und es gibt insgesamt weniger Geld. Hier sehen wir mal wieder, wie Tarife umgangen werden und Arbeitnehmer/innen und Sozialversicherungen um ihr Geld gebracht werden, damit ein Unternehmen noch mehr Profit abwirft.

Das ist nicht nur schäbig, das ist menschenverachtend, mal ganz davon abgesehen, dass die Umsätze von Schlecker zurückgehen. Seit dieser Sparkurs gefahren wird, brauchen wir dringend einen Mindestlohn in Höhe von 10 €, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor diesen Praktiken zu schützen. Keineswegs nicht brauchen wir das, was die Fraktionen von CDU und FDP im Bundestag vorhaben, nämlich die Zeitarbeit weiter auszuweiten.

Schon seit Monaten setzt sich die Linke für die Angestellten der Drogeriemarktkette ein. Schon lange prangern wir die Praktiken des Lohndumpings an und stehen mit den Angestellten auf der Straße und unterstützen ihren Kampf.

Die Eheleute Schlecker wollen ihre Praktiken jetzt stoppen. Jetzt, wo der Wahlkampf begonnen hat, machen die Grünen einen Antrag, politische Mittel einzusetzen, um Lohndumping bei Schlecker zu unterbinden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das ist aber nicht der erste!)

Hier sehen wir mal wieder: Links wirkt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Pö!)

Allein die Möglichkeit des Einzugs einer starken linken Fraktion in den nordrhein-westfälischen Landtag bringt offensichtlich die Verhältnisse in Bewegung. Dass die SPD-Fraktion – das ist besonders interessant – immer wieder auf ihre eigenen Anträge verweist, ist sehr beachtlich. Denn wer hat bis vor vier Monaten den Bundesarbeitsminister gestellt? – Genau für das, was jetzt praktiziert wird, tragen Sie die Verantwortung. Sie hätten das auf Bundesebene längst ändern können, wenn Sie das gewollt hätten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist auf Bundesratsebene eingebracht worden! Nehmen Sie mal die Fakten zur Kenntnis!)

Deutlich wird jedenfalls, dass die Zeitarbeit nicht zur Bewältigung von Konjunkturspitzen benötigt wird, sondern für eiskaltes Lohndumping. Deshalb sollte auf den gesetzlichen Mindestlohn noch ein gesetzlicher Zusatz aufgeschlagen werden, damit Unternehmen sich flexible Arbeit auch etwas kosten lassen müssen. Dann wird auch der Kündigungsdruck sowohl von Leiharbeitern und Leiharbeiterinnen als auch von Festangestellten genommen. In anderen Ländern wie Frankreich wird dies als Erschwerniszuschlag für prekär Beschäftigte verstanden.

Dies ist alles wichtig, aber noch nicht hinreichend. Wir kommen nicht drum herum, die betriebliche Mitbestimmung von Angestellten in Großbetrieben zu stärken. Nur wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen mitbestimmen, was im Betrieb passiert, werden solche und andere Praktiken zum Schaden der Mitarbeiter bereits im Ansatz unterbunden. Dazu hat die Linke im Bundestag vielfach die Initiative ergriffen. Aber es ist nicht nur das Unternehmen Schlecker, das das praktiziert – das müssen wir uns auch klarmachen –, so etwas ist gängige Praxis. Deswegen müssen erneut gesetzliche Instrumente her, aber das muss im Bundestag passieren.

Dieser Antrag wäre eigentlich ein Schritt in die richtige Richtung, doch der Haken an der Sache ist, dass niemand den Grünen einen solchen sozialen Antrag glaubt, solange Sie eine schwarz-grüne Koalition nach dem 9. Mai nicht ausschließen. Solange Sie nicht ausschließen, mit diesem „Privat vor Staat“-Rüttgers zusammenzugehen, werden die Menschen im Land solche Anträge für Wahlkampfgetöse halten, und genau das sind sie auch. Die Glaubwürdigkeit schwindet, solange Sie dieser sozialabbauerischen CDU nicht die rote Karte zeigen, die das Tariftreuegesetz abgeschafft hat und Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und einen Mindestlohn verweigert.

(Unruhe von den GRÜNEN – Barbara Steffens [GRÜNE]: Guck dir mal deine eigenen Papiere an!)

– Man hört es ja, jetzt werden Sie wieder ganz nervös.

(Lachen von den GRÜNEN)

Frau Löhrmann, Frau Steffens, dann sagen Sie doch einmal klipp und klar, dass Sie Schwarz-Grün nicht wollen; dann glauben die Leute vielleicht etwas von dem, was Sie hier heute beantragen. Das ist alles nur Getöse.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das ist alles nur Show. Nichts anderes machen Sie hier. Das ist die Realität.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.